

Nils Klevermann

Band 9

Organisationen der postmigrantischen Gesellschaft

Eine Subjektivierungsanalyse von Kollektiven

Doing Transitions

Reflexive Übergangsforschung

Verlag Barbara Budrich



Nils Klevermann

Organisationen der postmigrantischen Gesellschaft

Reflexive Übergangsforschung –
Doing Transitions

Band 9

Nils Klevermann

Organisationen der postmigrantischen Gesellschaft

Eine Subjektivierungsanalyse von
Kollektiven

Verlag Barbara Budrich
Opladen • Berlin • Toronto 2022

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://portal.dnb.de> abrufbar.

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier

Alle Rechte vorbehalten

© 2022 Verlag Barbara Budrich GmbH, Opladen, Berlin & Toronto
www.budrich.de

ISBN 978-3-8474-2523-6 (Paperback)

eISBN 978-3-8474-1719-4 (eBook)

DOI 10.3224/84742523

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Bettina Lehfeldt, Kleinmachnow – www.lehfeldtgraphic.de

Typographisches Lektorat: Angelika Schulz, Zülpich

Druck: Books on Demand GmbH, Norderstedt

Printed in Europe

Inhaltsverzeichnis

1	Symbolische Kämpfe um Deutungsmacht – <i>Migrant:innen</i>Organisationen, „neue deutsche organisationen“ und die Frage der Integration.....	9
2	Übergänge im Lebenslauf und Kollektive – eine poststrukturalistische Betrachtungsweise.....	21
2.1	Übergangsforschung reviewed – interdisziplinäre Rezeptionslinien.....	22
2.2	Übergangsforschung reloaded – eine reflexive Perspektive auf Übergänge.....	29
2.3	Übergänge als machtvolle Effekte performativer Praxis.....	45
3	Organisationswerdung – die Subjektivierung von Kollektiven	47
3.1	Organisationen als Effekte performativer Praxis	49
3.2	Subjektivierung als Forschungsprogramm für die Organisationswerdung	52
3.3	Postkoloniale Anerkennungsordnungen.....	73
3.4	Die Subjektwerdung von migrantisch adressierten Organisationen.....	76
4	<i>Migrant:innen</i>Organisationen – (sozial-)wissenschaftliche Forschungstraditionen.....	79
4.1	Der Dualismus zwischen der integrationsfördernden und der integrationshemmenden Funktion von <i>Migrant:innen</i> Organisationen	81
4.2	Verhältnisbestimmung der Einflussfaktoren auf das Integrationspotenzial.....	84
4.3	<i>Migrant:innen</i> Organisationen als Produkt ihrer institutionellen Umwelt.....	90
5	Subjektivierungsanalyse – eine empirische Rekonstruktion der Organisationswerdung.....	95
5.1	Die Adressierungsanalyse als empirische Operationalisierung.....	96

5.2	Die Methodologie einer poststrukturalistisch-praxeologischen Diskursanalyse	100
5.3	Die Analyse von Figuration und Figurierung als Operationalisierung diskursiver Praktiken	114
5.4	Die Zusammenstellung des Monumentenkörpus	119
5.5	Die methodischen Schritte einer poststrukturalistisch-praxeologischen Analyse von Praktiken der Subjektivierung.....	124
6	Die Organisationswerdung von migrantisch adressierten Kollektiven – Einblicke in umkämpfte Subjektivierungssettings.....	129
6.1	Die Datenerhebung als komplexes Autorisierungsgeschehen.....	130
6.2	Adressierungszüge der Politik und Verwaltung	146
6.2.1	„Wer kann einen Antrag stellen?“ – Definition einer <i>Migrant:innen</i> Organisation	146
6.2.2	„BAMF macht sich Expertise nutzbar“ – Zuschreibung, Funktionalisierung und Nutzbarmachung von Potenzialen	150
6.2.3	„Neben der fehlenden Qualifizierung der Zuwanderer“ – Zuschreibung von Defiziten und Aufforderung zur Kompensation	161
6.2.4	„Dortmund schafft sich ‚starke Partner‘...“ – Pädagogisierung der Förderung	167
6.2.5	„Und einige sind wirklich aktiv, einige oder viele haben Charakter, Heimatvereinscharakter“ – Appell an Engagement, Offenheit und Bildsamkeit.....	175
6.2.6	„Migrantenorganisationen in der Einwanderungsgesellschaft“ – Entwurf eines (gesellschafts-) politischen Panoramas	182
6.2.7	Der intelligible Organisationsstatus von <i>Migrant:innen</i> Organisationen in der gegenwärtigen Integrationspolitik.....	191
6.3	Re-Adressierungszüge der <i>Migrant:innen</i> Organisationen	192
6.3.1	„Dass man sich irgendwie nicht zurücklehnen kann“ – die beständige Prekarität der Anerkennung	192
6.3.2	„Von mir kriegen sie alles, wenn sie mitziehen“ – Autorisierung durch Bildung	203

6.3.3	„Dass es halt auch alles mit ja auch QUALITÄT so zu tun hat, die Arbeit, die wir hier machen“ – Autorisierung durch Professionalisierung.....	209
6.3.4	„Wir gehen soweit, dass wir sagen, die Integration von Flüchtlingen is ohne MOs nich denkbar“ – Autorisierung durch den Nachweis einer spezifischen Expertise	221
6.3.5	„Steht bei uns irgendwo was von Folklore oder hab’ ich irgendwas an, was nach Torero aussieht?“ – Autorisierung durch Grenzziehung.....	228
6.3.6	„Da muss ja einer so der Einpeitscher sein, der der Sache hinterher ist“ – Autorisierung durch politische Partizipation und Widerstand.....	235
6.3.7	Das Ringen um Anerkennung von <i>Migrant:innen</i> Organisationen in der gegenwärtigen Integrationspolitik als komplexer Autorisierungsversuch	240
7	Zwischen Bildung und Selbst-Bildung – die souveräne, die andere und die vermittelnde Organisation	243
8	Die Organisation der Integration – zur Notwendigkeit einer diskriminierungs- und rassismuskritischen Organisationsforschung.....	257
	Literaturverzeichnis	277
	Dokumentenverzeichnis.....	297
	Anhang.....	301
	Danksagung	305

1 Symbolische Kämpfe um Deutungsmacht – *Migrant:innen* Organisationen, „neue deutsche organisationen“ und die Frage der Integration

„[Wenn] wir jeweils für den Gipfel zu einem bestimmten Thema Forderungen vorlegen, ja dann geht's um das Nachhaken, nicht, also einmal das Foto ist gut, aber was ist dann mit dem Nachhaken, was passiert mit diesem Papier danach? Da [...] muss ja einer so der Einpeitscher sein, der hinter der Sache her ist.“

Diese Äußerung stammt aus einem Interview mit einem:einer Vorsitzenden einer *Migrant:innen* Organisation¹, das ich im Rahmen dieser Dissertation geführt habe. Es handelt sich um einen Teil der Antwort auf meine Frage nach den Möglichkeiten der politischen Interessenvermittlung von migrantisch adressierten Organisationen, wie beispielsweise innerhalb des Nationalen Integrationsgipfels. Das Zitat steht exemplarisch für viele weitere Äußerungen, in denen migrantisch adressierte Organisationen auf ihr widerständiges Potenzial im Kontext ihrer Interessenvertretung hinweisen. Durch die metaphorische Selbstbeschreibung als „Einpeitscher“ wird eine Identität hervorgebracht, in der die Politik und Verwaltung angetrieben werden müssen; in der die Organisation herausgefordert ist, wachsam zu sein, dass ihre Forderungen nicht nur gehört, sondern auch umgesetzt werden. Zugleich wird das Format der Interessenvermittlung kritisiert, das eher als Symbolpolitik anstatt als wirkliche Einflussnahme wahrgenommen wird. Repräsentative Pressefotos mit *Migrant:innen* Organisationen als Statisten scheinen hingegen wichtiger zu sein als die Evaluation von (integrations-)politischen Veränderungen. Die Äußerung steht somit stellvertretend sowohl für machtvolle Adressierungen der Politik und Verwaltung migrantisch adressierten Organisationen gegenüber als auch für die Situierung der adressierten Organisationen zu diesen Vereinnahmungen. Gleichzeitig illustriert sie eine Bedeutungsverschiebung von migrantisch adressierten Organisationen in den vergangenen zwei Jahrzehnten in der Bundesrepublik Deutschland, deren Beginn symbolträchtig mit dem Integrationsgipfel 2007 markiert wird.

So sind auf der einen Seite *Migrant:innen* Organisationen zahlreicher, politisch hör- und sichtbarer geworden und gewachsen: Die ersten Organisationen gründeten sich in der „Gastarbeiterperiode“ (Bade 1993: 393), d. h. während der Anwerbung sogenannter ausländischer Gastarbeiter:innen zwischen 1955 und 1973 und in den folgenden Jahren. Eine zweite intensive Gründungsphase lässt sich in den 1990er Jahren beobachten, in deren Zusammenhang sich

¹ Der für diese Arbeit konstruierte und verwendete Begriff *Migrant:innen* Organisation wird im Abschnitt „Überlegungen für eine reflexive Forschungspraxis über und mit *Migrant:innen* Organisationen“ dieses Kapitels erläutert.

Migrant:innen Organisationen zunehmend bundesweit vernetzten, um ihre Interessen wirksamer zu vertreten (für eine detaillierte Betrachtung vgl. Hunger 2004). Auch gegenwärtig lässt sich wieder eine Zunahme von *Migrant:innen*-Organisationen als eingetragenen Vereinen sowie ein Zuwachs ihrer Mitgliederzahlen beobachten (vgl. Priemer/Krimmer/Labigne 2017: 41 ff.). Während viele dieser Organisationen in der Vergangenheit und Gegenwart gesellschaftlich kaum sichtbar waren und sind, gibt es vor allem in den letzten Jahren Organisationen, die als prominente Akteure auf dem (gesellschafts-)politischen Terrain auftreten und sich teilweise energisch mit Forderungen zu Wort melden. Ihre Tätigkeitsfelder sind ebenso heterogen wie ihre Positionierung in den Politikfeldern der Bildung, der Arbeit und des Aufenthaltes. So führen migrantisch adressierte Organisationen nicht nur (pädagogische) Angebote für ihre Mitglieder und andere soziale Gruppen durch, sondern kämpfen auch um materielle und symbolische Ressourcen, beispielsweise mit dem medienwirksamen Boykott eines Integrationsgipfels (vgl. Rey 2007) oder der Publikation von Positions- und Impulspapieren (vgl. u. a. Bundesverband russischsprachiger Eltern/Föderation Türkischer Elternvereine in Deutschland/Bund der Spanischen Eltern in der Bundesrepublik Deutschland e.V. 2015; Impulspapier der Migrant*innenorganisationen zur Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft o. J.).

Neben den Organisationen, die als *Migrant:innen* Organisationen bezeichnet werden und sich selbst als solche bezeichnen, hat sich in den letzten Jahren eine Vielzahl von Organisationen, Initiativen und Netzwerken gegründet, die sich explizit gegen diese Bezeichnung stellen (vgl. u. a. neue deutsche organisationen 2016). Im Sinne einer postmigrantischen Gesellschaftsordnung (vgl. Foroutan 2019, 2016) bezeichnen sie sich als „neue deutsche organisationen“, kritisieren damit die (gesellschafts-)politischen Anforderungen an migrantisch adressierte Organisationen und positionieren sich gegen die Integration(-maßnahmen) von migrantisch adressierten Subjekten. In einer Pressemitteilung fassen sie ihre zentrale politische Forderung koncis zusammen: „Wir wollen keine Integrationspolitik, sondern eine Gesellschaftspolitik für alle. Kurz: Integration, nein. Inklusion, ja.“ (neue deutsche organisationen 2018).

Neben der Dynamik bei den Zusammenschlüssen lässt sich auch auf der anderen Seite, innerhalb der Exekutive, ein klarer Bedeutungswandel der Rolle von *Migrant:innen* Organisationen konstatieren. Galten *Migrant:innen* Organisationen bis in die 1990er Jahre als Akteure und Indikatoren für die Schaffung einer Parallelgesellschaft, erfahren *Migrant:innen* Organisationen seither einen erheblichen Bedeutungszuwachs innerhalb eines gelingenden Integrationsprozesses. Die Bundesregierung schreibt hierzu programmatisch:

„Migrantorganisationen bilden Brücken zwischen Einwanderern und deren Familien und der einheimischen Bevölkerung. Sie können wichtige Akteure in der Integration sein. [...] Sie können der einheimischen Gesellschaft und der Politik die Probleme vermitteln, denen

sich Migrantinnen und Migranten ausgesetzt sehen. Es ist daher der richtige Weg, wenn Bund, Länder, Kommunen und nicht staatliche Akteure Migrantinnen und Migranten und deren Organisationen in die Gestaltung von Integrationsmaßnahmen einbeziehen.“ (Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2012: 30)

Der Bedeutungswandel fand demnach auf den Ebenen der Vermittlung von Interessen und der Funktion in der direkten Integrationsarbeit statt: Wurden *Migrant:innen* Organisationen bis in die 1990er Jahre weitgehend von der Politik und Verwaltung abgewehrt und ignoriert (vgl. Kortmann 2011: 12), werden sie seither in einem zunehmenden Ausmaß als (gesellschafts-)politische Akteure adressiert. Der Nationale Integrationsplan der Bundesregierung aus dem Jahr 2007 (Die Bundesregierung 2007), in dessen Ausarbeitung auch *Migrant:innen* Organisationen eingebunden wurden, kann als ein zentraler Marker innerhalb der politischen Debatte um *Migrant:innen* Organisationen gesehen werden. Ziel war und ist es seitdem, so wird fortwährend verlautbart, die „Partizipation auf Bundesebene zu fördern“ (Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2019: 317). Das bekannteste Format dafür stellt der seit dem Jahr 2006 jährlich stattfindende Deutsche Integrationsgipfel dar, aber auch in andere sogenannte Konsultations- und Entscheidungsprozesse der korporativen Politik werden *Migrant:innen* Organisationen als Interessenvermittler einbezogen (vgl. u. a. Hunger/Holz 2019; Blätte 2014). Im Integrationsprozess wird *Migrant:innen* Organisationen spätestens seit der Jahrtausendwende zudem eine sozialintegrative Funktion attestiert, sodass sie in der gegenwärtigen integrationspolitischen Debatte als ‚Akteure der Integrationsarbeit vor Ort‘ adressiert und in die Gestaltung von Integrationsmaßnahmen einbezogen werden. Eine besondere Anerkennung erfahren sie dabei in der Geflüchtetenarbeit (vgl. Huth 2019; BAMF 2018: 48 ff.).

So verwundert es auch nicht, dass sich, ausgehend von dieser augenscheinlichen Neubewertung, ein ganzes Arsenal an Förderstrukturen und Beratungsangeboten entwickelt hat, die *Migrant:innen* Organisationen in ihrem scheinbar natürlichen integrationsfördernden Potenzial stärken sollen. Die Politik und Verwaltung ebenso wie die (Sozial-)Wissenschaften (vgl. Hunger/Holz 2019: 19; Weiss/Thränhardt 2005a) sind sich einig: Ohne *Migrant:innen* Organisationen kann Integration nicht gelingen. Sie gelten als Erfolgsgaranten, die den Übergang vom nicht-integrierten Subjekt zum integrierten Subjekt maßgeblich begleiten. Durch die Lern- und Bildungsprozesse in *Migrant:innen* Organisationen und durch die (teilweise spannungsvolle) Beziehung mit Trägern der freien Wohlfahrtspflege besteht seit Anbeginn ein enger Zusammenhang zwischen *Migrant:innen*-Organisationen und der Sozialen Arbeit; diese Organisationen, so die Einsicht, fördern die Handlungsfähigkeit von migrantisch adressierten Subjekten sowohl durch politisches Engagement, durch Beratungs- und Unterstützungsstrukturen als auch durch Freizeitangebote. Insbesondere seit Bestehen des Nationalen Integrationsplans werden *Migrant:innen*-Organisationen explizit als Organisationen der Bildungs- und Sozialen Arbeit

wahrgenommen, wobei die häufig stattfindenden oder anvisierten Kooperationen mit anderen Organisationen der Sozialen Arbeit sich teilweise als schwierig gestalten, da *Migrant:innen* Organisationen lediglich als Zugang zu vormals nicht erreichten Adressat:innen betrachtet werden (vgl. u. a. Ersoy/ Latorre/ Zitzelsberger 2018; Goltz 2011).

Während die Integration von migrantisch adressierten Subjekten scheinbar hegemonial einen gesamtgesellschaftlichen Konsens darstellt, sind die Debatten um Ziel und Umsetzung gleichzeitig aufgeladen mit vielfältigen Bedeutungen, sodass es schwierig ist, zu definieren, was der Ausdruck konkret meint. Der Begriff polarisiert. Durch die Vielzahl der Elemente, die sich unter ihm formieren können, wird er weitgehend bedeutungsleer verwendet, sodass er als leerer Signifikant bezeichnet werden kann (vgl. Glasze/Mattissek 2015: 165; Nonhoff 2006: 124 ff.). Parallel zur Neubewertung der Funktion von *Migrant:innen* Organisationen im Integrationsprozess zeigt sich, dass selbst das Ziel der Integration einem Bedeutungswandel unterliegt. Die Politikwissenschaftlerin und Pädagogin María do Mar Castro Varela schreibt dazu:

„Damals [in den 1950er und 1960er Jahren, Anmerk. N. K.] galt die Integration der ‚Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter‘ als gefährlich für den Staatskörper und die gesetzliche Regulierung könnte fast durchweg als ein Versuch gelesen werden, eine Niederlassung und Integration zu verhindern. Im heutigen Diskurs dagegen ist das neue Schreckensgespenst die Nicht-Integration der Einwanderer und Einwandererinnen, weswegen ein ganzes Arsenal an Instrumenten bereit gelegt wird und auch mit ökonomischen Ressourcen ausgestattet wurde, um dies zu bewerkstelligen.“ (Castro Varela 2015: 71)

Migrantisch adressierte Subjekte gelten heute als integrationsbedürftige Subjekte, die diesen Mangel kompensieren sollen. Am Ende, so das Versprechen, steht das integrierte Subjekt.

Die weitreichenden Veränderungen in der Bewertung von *Migrant:innen* Organisationen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die juristischen Hürden wie beispielsweise im Asylrecht für die meisten migrantisch adressierten Subjekte hochgezogen wurden, dass weiterhin vielfältige Normierungs- und Disziplinierungsmaßnahmen (z. B. Integrationskurse) vorherrschen, die direkt auf das einzelne Subjekt zielen (vgl. Ha/Schmitz 2006; Castro Varela 2015), und dass rassistische und diskriminierende Übergriffe auf als migrantisch gelesene Subjekte zugenommen haben (vgl. Mecheril/Castro Varela 2016), wie beispielsweise im Februar 2020 in Hanau, wo bei einem rassistisch motivierten Anschlag zehn Menschen ermordet wurden (vgl. auch Karakaşoğlu/Mecheril 2020). Zudem erstarken antidemokratische und rassistische Strömungen: So ist z. B. mit der AfD eine Partei in den Bundestag eingezogen, die sich u. a. offen gegen die Möglichkeit positioniert, dass migrantisch adressierte Organisationen ihre Interessen artikulieren (vgl. die Rede von Beatrix von Storch zum oben genannten Positionspapier, Storch 2016).

Der Konstitutionsprozess von migrantisch adressierten Organisationen als Erkenntnisinteresse

Die Bedeutungsverschiebung der Rolle von *Migrant:innen* Organisationen stellt den Ausgangspunkt meiner Überlegungen zu dieser Arbeit dar, denn sie wirft die entscheidende machtheoretische Frage auf, ob sie ein Ende der Unterdrückung, der Heteronomie und der Fremdbestimmung von *Migrant:innen* Organisationen durch die Politik und Verwaltung darstellt. Zudem stellen sich folgende Fragen: Sind *Migrant:innen* Organisationen seither souveräne Akteure, die ihre natürlichen Potenziale und Fähigkeiten entfalten dürfen und bei dieser selbst gewählten Entfaltung lediglich durch integrationspolitische Instrumente unterstützt werden? Wie ließe sich erklären, dass restriktive Normierungs- und Disziplinierungstechnologien, die auf das einzelne migrantisch adressierte Subjekt zielen, weiterhin vorherrschen, *Migrant:innen* Organisationen hingegen fast ausschließlich mit anderen Machttechnologien über die Zuschreibung ihrer positiven Potenziale für den Integrationsprozess und die Konstitution von Entfaltungsmöglichkeiten adressiert werden? Oder vereinfacht gefragt: Haben *Migrant:innen* Organisationen das erreicht, wofür sie über Jahrzehnte gekämpft haben? Gerade die Neugründung von Organisationen, die sich explizit gegen eine Bezeichnung als *Migrant:innen* Organisationen aussprechen, wirft die Frage auf, ob ein (erfolgreicher) Übergang, an dessen Ende das integrierte bzw. nicht mehr migrantisch adressierte Subjekt steht, überhaupt möglich ist.

Ziel dieser Arbeit ist es, eine Forschungsperspektive zu entwickeln, die den Konstitutionsprozess von *Migrant:innen* Organisationen in der gegenwärtigen Integrationspolitik in den Fokus stellt. Dabei interessiere ich mich für die Praktiken, mit denen *Migrant:innen* Organisationen durch die Politik und Verwaltung angesprochen werden und wie sie auf diese Adressierungen reagieren, wie sie sich dazu positionieren. Dabei scheint insbesondere aufschlussreich, worin das integrationsfördernde, d. h. übergangsrelevante Potenzial von *Migrant:innen* Organisationen gesehen wird und welche organisationalen Eigenschaften als übergangsrelevant anerkannt bzw. welches organisationale Potenzial für den Übergang vom nicht-integrierten zum integrierten migrantischen Subjekt als unverzichtbar deklariert werden. Demzufolge stellen sich Fragen, wie *Migrant:innen* Organisationen zu übergangsrelevanten Organisationen werden: Wie können sie sich und ihr Handeln als übergangsrelevante Organisationen ausweisen? Welche Erwartungen formuliert die Politik und Verwaltung an sie? Welche Eigenschaften werden ihnen zugeschrieben und wie setzen sie sich zu diesen Erwartungen ins Verhältnis?

Eine reflexive Übergangsforschung im Dialog mit der interdisziplinären Theorie der Subjektivierung als Forschungsperspektive

Um zu erforschen, wie *Migrant:innen* Organisationen in der gegenwärtigen Integrationspolitik zu übergangsrelevanten Organisationen werden oder sich auch dagegen wehren, möchte ich mit dieser Arbeit einen Weg vorschlagen, der an zwei Theorieunternehmungen anschließt und versucht, diese miteinander weiterzuführen.

Die Integration von migrantisch adressierten Subjekten kann durch das Konzept des Übergangs im Lebenslauf verstanden und analytisch handhabbar gemacht werden. Um den umkämpften und sich in ständiger Bewegung befindenden Normen und Normalitätserwartungen der Integration zu begegnen, die an migrantisch adressierte Subjekte sowie an die Organisationen gerichtet werden, die diesen Übergang begleiten sollen, bietet die reflexive Übergangsforschung ‚Doing Transitions‘ (vgl. Walther et al. 2019b) eine geeignete Heuristik. Mit ihr liegt eine Forschungsperspektive vor, die die Veränderung von Subjektpositionen im praktischen Vollzug fokussiert. Dabei konzentriert sie sich gerade auf die Herstellung und Gestaltung dieses Dazwischen, d. h. den Zwischenraum zweier Subjektpositionen, beispielsweise vom integrationsbedürftigen zum integrierten Subjekt. Um das antiessenzialistische Verständnis einer reflexiven Übergangsforschung weiterzuführen, das ein dualistisches Verständnis zwischen Struktur und Handeln überwindet, knüpfe ich an jüngere sozial- und kulturwissenschaftliche Positionen an, die im Bereich des Poststrukturalismus angesiedelt sind. Dabei handelt es sich „nicht [um] klar umrissene Theoriegebäude“ (Hartz 2019: 2), sondern um Perspektiven, die ihren Ausgangspunkt in einer „ähnliche[n] Orientierung an der Kontingenz des Sozialen und der Bedeutung sprachlicher *Artikulationen als Praktiken der Sinnkonstitution*“ (Jergus 2014: 54, Herv. i. Orig.) haben. Der Bedeutungswandel von Integration und die damit verbundene Relevanz von *Migrant:innen* Organisationen fordern eine Perspektive, die sowohl die Fragilität und Veränderbarkeit des Sozialen anerkennt als auch die Wirkmächtigkeit und Stabilisierung im Blick behält und zugänglich macht.

Ausgehend von einer poststrukturalistisch informierten Perspektive auf Übergänge im Lebenslauf möchte ich mit der interdisziplinären Theorie der Subjektivierung einen analytischen Zugang zum Konstitutionsprozess von migrantisch adressierten Organisationen als übergangsrelevanten Organisationen diskutieren. Organisationen können Übergänge erschaffen, vorbereiten und begleiten, aber auch an der Kompensation eines misslungenen Übergangs mitwirken. Organisationen sind aber auch Orte, an denen die Anforderungen eines Übergangs ausgesetzt werden (können); sie dienen so als Schutzräume, in denen andere Anerkennungsordnungen als außerhalb von ihr liegend gelten. Das Interesse an den Konstitutionsprozessen von *Migrant:innen* Organisationen in der gegenwärtigen Integrationspolitik wird zum Einsatzpunkt einer

weiteren Theorieperspektive: Ausgehend von Analysen zu Subjektivierungsweisen und Subjektpositionen (vgl. u. a. Alkemeyer/Budde/Freist 2013b), die sich in der sozial- und kulturwissenschaftlichen Forschung als produktiv für die Untersuchung von der Subjektwerdung erweisen, möchte ich deren Anregungs- und Analysepotenzial für die Erforschung von Organisationen ausarbeiten. Während sich die Subjektivierungstheorie zumeist ausschließlich an der Subjektwerdung von einzelnen personalen Subjekten orientiert und Organisationen aus dieser Perspektive nur als Instanzen in den Blick nimmt, in denen Subjekte subjektiviert werden, wird in dieser Arbeit danach gefragt, ob auch Organisationen Effekte von Subjektivierungspraktiken darstellen. Hierzu werde ich prüfen, inwieweit sich das subjektivierungstheoretische Instrumentarium auch für die Erforschung konkreter Subjektivierungsprozesse von Kollektiven eignet, und herausarbeiten, welche Aspekte Anregungspotenzial bieten und fruchtbar für die Erforschung von Organisationen sind. Es soll erschlossen werden, ob und wie Organisationen erst in machtvollen diskursiven Ordnungen zu *Migrant:innen* Organisationen werden. Das Erkenntnisinteresse liegt demnach auf den Prozessen und Praktiken der Bildung und Selbst-Bildung von Organisationen, auf der performativen Hervorbringung, auf der sozialen Praxis. Konkret werde ich mich mit der Frage auseinandersetzen, wie *Migrant:innen* Organisationen durch die Politik und Verwaltung adressiert werden und wie *Migrant:innen* Organisationen re-adressieren.

Die Theorie der Subjektivierung bietet neben der subjekt- und sozialtheoretischen Konzeption auch „einen empirisch-analytischen Zugang zur Untersuchung von historischen, gesellschaftlichen und kulturellen Bedingungen und Formen von Bildungs- und Lernprozessen“ (Ricken/Casale/Thompson 2019a: 7). Sie erlaubt eine Perspektive auf migrantisch adressierte Organisationen, die sie nicht (nur) als Organisationen versteht, die den gegebenen Bedingungen unterworfen sind, sondern auch danach fragt, wie sie sich zu den gesellschaftlichen Zumutungen situieren. Eine solche Forschungsperspektive versteht sowohl die Ansprachen durch die Politik und Verwaltung als auch die Reaktionen der Organisationen nicht nur als regelgeleitete Artikulationen, sondern eröffnet auch den notwendigen Raum, um offensichtlich konfrontativ-widerständige, aber auch ganz leise und subtile Praktiken zu erspüren.

Die Frage nach der Organisationswerdung als Forschungsfrage

Vor diesem theoretischen Hintergrund geht es in dieser Arbeit um den konkreten Prozess der Organisationswerdung. Als Forschungsfrage kann dementsprechend (re-)formuliert werden, wie migrantisch adressierte Organisationen durch die Politik und Verwaltung subjektiviert werden und wie sich diese Organisationen selbst subjektivieren. Es soll herausgefunden werden, wie migrantisch adressierte Organisationen in der gegenwärtigen Integrationspolitik durch die Politik und Verwaltung angerufen werden und welche Identität ihnen

dadurch zugeschrieben wird. Weiter scheint relevant, wie sich Organisationen zu diesen Anrufungen ins Verhältnis setzen: Wie gelingt es ihnen, sich als ein adressierbares, kollektives und einheitliches Subjekt und als relevanter Akteur im Übergang zu inszenieren? Auf welche Weise werden *Migrant:innen* Organisationen zu anerkannten, übergangsrelevanten Organisationen in der gegenwärtigen Migrations- und Integrationspolitik gemacht und wie gelingt es ihnen, sich selbst zu solchen Organisationen zu machen? Auf diese Weise soll versucht werden, die Bedeutungszunahme, den oben skizzierten diskursiven Bruch in der Beurteilung der Funktion von *Migrant:innen* Organisationen zu erklären.

Zum Aufbau der Arbeit

Für die Beantwortung dieser Fragen ist die Entwicklung eines Analyseinstrumentariums unter Heranziehung verschiedener theoretischer Positionen notwendig. Die Arbeit ist insgesamt in sieben Schritte gegliedert:

Zuerst gilt es, eine Forschungsperspektive auf die Herstellung und Gestaltung von Übergängen im Lebenslauf auszuarbeiten (Kap. 2). Den Ausgangspunkt bilden die Überlegungen einiger Vertreter:innen der interdisziplinären Übergangsforschung. Dabei werde ich nach zentralen Erkenntnissen und Dilemmata fragen und ein besonderes Augenmerk auf Kollektive in der Übergangsforschung legen. Sie bilden den Ausgangspunkt, um an eine markante Weiterentwicklung in der Übergangsforschung anzuknüpfen. Jüngere Arbeiten zu einer reflexiven Übergangsforschung setzen Übergänge nicht (mehr) in einem essenzialisierenden Verständnis schlicht voraus, sondern fragen nach ihrer Hervorbringung und Gestaltung. Um diesen Vollzug greifbar zu machen, werde ich, vorschlagen, an performativitätstheoretische Überlegungen anzuschließen. Dadurch wird es möglich, sowohl die historische Beständigkeit als auch die Dynamik in der Entstehung und Gestaltung von (einzelnen) Übergängen zu erklären.

Im zweiten Schritt (Kap. 3) wird mit einer weiteren Forschungsperspektive ein analytisches Instrumentarium entwickelt, das sich der (Epi-)Genese von Organisationen zuwendet. Ausgehend von den ausgearbeiteten performativitätstheoretischen Überlegungen wird ein Verständnis von Organisationen dargestellt, das diese als Effekt organisationaler Praktiken zugänglich macht. Dazu wird das Forschungsprogramm der Subjektivierung diskutiert, um Organisationen nicht als neutrale, fest umrissene und von gesellschaftlichen Bedingungen weitgehend unberührte Entitäten, sondern als Schauplatz diskursiver Kämpfe zu betrachten. Es wird beleuchtet, wie Organisationen soziale Existenz erlangen, eine Identität ausbilden und wie ihr Verhältnis zu den personalen Subjekten zu fassen ist. Da ich mich für die Subjektwerdung von migrantisch adressierten Organisationen im Kontext der gegenwärtigen Integrationspolitik interessiere, bedarf es eines machtanalytischen Zugangs, der für

rassistische und diskriminierende Bedingungen sensibilisiert. Postkoloniale Überlegungen werden zu einem kritisch-reflexiven Blick auf gesellschaftliche Vereinnahmungen herausfordern.

Nach der Ausarbeitung eines subjekttheoretischen sowie sozial- und strukturetheoretischen Konzeptes folgt im vierten Kapitel eine Auseinandersetzung mit *Migrant:innen* Organisationen als Forschungsgegenstand. Denn wenn sowohl Übergänge im Lebenslauf als auch Organisationen als Effekte performativer Praxis verstanden werden, scheint es konsequent, auch das Feld der Wissenschaft und damit (sozial-)wissenschaftliche Forschungsarbeiten mit den darin vorgenommenen Annahmen und den Konstitutionsprozessen zum Gegenstand des Erkenntnisinteresses zu erklären.

Im fünften Kapitel gehe ich den methodologischen und methodischen Prämissen dieser Arbeit nach. Damit die zuvor ausgearbeiteten Annahmen auch einem empirisch-analytischen Zugang standhalten, muss der komplexe Prozess der Organisationswerdung für die empirische Analyse operationalisiert werden. Doch wie kann ein Forschungszugang aussehen, der sich für Adressierungen und Re-Adressierungen interessiert, jedoch keine direkten Interaktionen analysieren, sondern nur asynchrone Daten verwenden kann? Unter Zuhilfenahme der Methodologie einer poststrukturalistisch-praxeologischen Diskursanalyse möchte ich konkretisieren, was ich analysiere, welche Daten erkenntnisbringend scheinen und mit welchem diskursanalytischen Vorgehen die Daten ausgewertet werden.

Im fünften Schritt (Kap. 6) werde ich die Ergebnisse meiner Auswertung vorstellen und gehe dafür entlang der analytischen Trennung vor: Zuerst werde ich die eigene Position als Forscher:in im gemeinsamen Konstitutionsprozess des untersuchten Materials erarbeiten und anschließend die Adressierungen der Politik und Verwaltung sowie die Re-Adressierungen der Organisationen als verschiedene (Re-)Adressierungszüge systematisieren.

In der sich anschließenden Diskussion (Kap. 7) werden die Adressierungs- und Re-Adressierungszüge in ihrem Zusammenspiel untersucht. Dabei wird illustriert, welche Aspekte der Subjektposition von *Migrant:innen* Organisationen in den Adressierungen aufgerufen werden und wie sich *Migrant:innen* Organisationen zu diesen Aspekten positionieren.

In einem abschließenden Kapitel (Kap. 8) werde ich zunächst die Ergebnisse der Arbeit entlang der einzelnen Kapitel resümierend besprechen, in einem Ausblick die Grenzen der Arbeit und weitere Forschungsfragen beschreiben, bevor ich dezidiert der Frage nachgehe, in welchem Verhältnis der Begriff der Integration mit dem Konzept des Übergangs steht und welche Erkenntnisse sich für einen Dialog zwischen einer kritischen Migrationsforschung und einer reflexiven Übergangsforschung ergeben. Zum Abschluss werde ich die Ergebnisse als Beitrag für die Soziale Arbeit als Profession und Disziplin einordnen und konkrete Anregungen an eine diskriminierungs- und rassistismuskritische

Soziale Arbeit formulieren, um die Handlungsmacht von migrantisch adressierten (Kollektiv-)Subjekten zu steigern.

Überlegungen für eine reflexive Forschungspraxis über und mit Migrant:innenOrganisationen

Die Einleitung abschließend möchte ich meinen eigenen Forschungsprozess hinsichtlich seiner Reflexivität in den Blick nehmen, um so bereits zu Beginn dieser Arbeit eine Sensibilität dafür zu entwickeln, rassistisch bzw. diskriminierende Ordnungen nicht affirmativ zu bestätigen.

Zunächst will ich auf die Praktiken des Bezeichnens sowie die Praktiken des Sprechens und Schreibens über ‚die Anderen‘ eingehen: Wie ist ein Sprechen über als migrantisch adressierte (Kollektiv-)Subjekte möglich, ohne selbst rassistische und diskriminierende Differenzsetzungen affirmativ zu wiederholen? Eine Übergangsforschung, die für sich den Anspruch erhebt, reflexiv zu sein, muss die eigenen Bezeichnungspraxen und ihren Begriffsgebrauch kritisch betrachten. Eine subjektivierungstheoretische Theorieperspektive, die Abstand von ontologisierenden Zuschreibungen nimmt und vielmehr danach fragt, wie Kollektivsubjekte zu *Migrant:innenOrganisationen* gemacht werden und sich selbst dazu machen, steht vor der Herausforderung, „dass begrifflich[e] Differenzen vorausgesetzt werden müssen, deren Hervorbringung gerade zu untersuchen ist“ (Querfurt 2015: 26). Um die Forschungsperspektive auch in den Praktiken des Sprechens und Schreibens nicht zu unterlaufen, werde ich in dieser Arbeit, wenn es um das einzelne, im alltäglichen Sprachgebrauch als Migrant:in, Zuwander:in oder ähnliches bezeichnete personale Subjekt geht, den Terminus *migrantisch adressierte Subjekte* heranziehen, um mich von einer essenzialisierenden Zuschreibung zu distanzieren und stattdessen die diskursive Hervorbringung, d. h. die (umkämpften) Bedingungen für ihre soziale Existenz, zu betonen. Wenn es um Gruppen und Gruppenbezeichnungen geht, werde ich von *sozialen Gruppen* sprechen. Dadurch soll betont werden, dass es sich auch hier um eine performative Praxis handelt, in der Subjekte unter einer symbolischen Kategorie zusammengefasst werden – diese Praktik kollektiviert, entindividualisiert und homogenisiert.² Jedoch verwende ich in weiten Teilen dieser Arbeit den Begriff *Migrant:innenOrganisation*³ für migrantisch adressierte Organisationen bzw. Kollektivsubjekte. Einerseits, da innerhalb der Politik und Verwaltung, d. h. in den untersuchten Dokumenten und Interviews, migrantisch adressierte Organisationen als Migrant:innen-

² Andere Bezeichnungen (z. B. Interviewpartner:in) werden nicht derart verwendet, da ihnen keine analytische Relevanz in dieser Arbeit zukommt.

³ Meine Bezeichnung wird für einen inklusiveren Sprachgebrauch gegendert. Die Kursivsetzung soll die antiessentialistische Dimension des Bezeichnens auch optisch betonen, das große Binnen-„O“ verweist auf die spezifische Form des Kollektivs, hier einer Organisation.

organisationen, Migrantenselbstorganisationen oder Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten bezeichnet werden, und andererseits, da die für die Analyse interviewten Organisationen ganz unterschiedliche Bezeichnung als Selbstbeschreibung führen. Die Organisationen bezeichnen sich u. a. als interkulturelle Vereine oder multikulturelle Zentren, meistens jedoch als Migrantenorganisationen bzw. Migrantendachorganisationen. An einigen Stellen in dieser Arbeit verwende ich auch die jeweilige Selbstbezeichnung der Organisation(en).⁴ Gleichzeitig muss bereits an dieser Stelle darauf verwiesen werden, dass auch diese Selbstbezeichnungen – so wird es in der weiteren Arbeit ersichtlich werden – häufig die einzige intelligible Subjektposition darstellt und dergestalt nicht als *frei* gewählt oder als eine *natürliche* Identität zu interpretieren ist.

Die hier verwendeten Termini verweisen auf ihre relationale Dimension, denn mit ihnen wird zum einen eine Differenzierung vorgenommen, die zwischen migrantisch adressierten und nicht-migrantisch adressierten (Kollektiv-)Subjekten unterscheidet; zum anderen wird über die Markierung als Andere die differente Beziehung hierarchisiert. Während das nicht-markierte (Kollektiv-)Subjekt als das Normale und der Normalität entsprechend hervorgebracht wird, ist das migrantisch adressierte (Kollektiv-)Subjekt das Andere, jenes, das von der Norm abweicht.

Die verwendete Konstruktion *Politik und Verwaltung* umfasst in dieser Arbeit die vielfältigen Organisationen aus diesem Bereich (u. a. Ministerien, Behörden oder kommunale Einrichtungen). Da eine klare Differenzierung zwischen ihnen nicht (immer) möglich ist und analytisch in dieser Arbeit keine Relevanz besitzt, wird, bis auf wenige Ausnahmen, diese Sammelbezeichnung verwendet. Jedoch beziehe ich mich bei der Verwendung des Terminus insbesondere auf die Exekutive.

Daneben muss eine kritisch-reflexive Forschungsperspektive, die sich mit den machtvollen Konstitutionsprozessen beschäftigt, migrantisch adressierte Organisationen als Kollektivsubjekte verstehen und sichtbar machen. Das erkenntnistheoretische Interesse der Subjektivierungstheorie bedingt folglich einerseits, „an den Geschichten und Selbstbeschreibungen der Befragten anzusetzen und sie zum Ausgangspunkt zu machen“ (Rose 2012: 20), d. h. die als ‚Andere‘ bezeichneten Kollektivsubjekte werden in dieser Arbeit als Handelnde und Deutende verstanden und als solche in den Forschungsprozess einbezogen (vgl. Hoffarth 2016: 74 f.). Daher habe ich mich für ein Forschungsdesign entschieden, das einen deutlichen Schwerpunkt auf Interviews mit migrantisch adressierten Kollektivsubjekten legt. Flankierend zu der Interviewforschung werden weitere Äußerungen (u. a. Selbstbeschreibungen auf Internetseiten, Positionspapiere, Publikationen) dieser Organisationen zur eigenen

⁴ In diesen Fällen besitzt die Bezeichnung analytische Relevanz. In der Regel wird auf die Nennung der Selbstbezeichnung trotz ihrer Relevanz verzichtet, um die Anonymität der interviewten Organisationen zu wahren.

Sensibilisierung hinzugezogen (vgl. ausführlich Kap. 5.4). Andererseits muss eine Forschungsperspektive entwickelt werden, die einen Spagat vollzieht: Sie muss dabei die machtvollen normierenden Praktiken, d. h. solche der Vereinahmung durch die Politik und Verwaltung, als die Bedingungen der Subjektwerdung behandeln, die gleichzeitig die Handlungsmacht von migrantisch adressierten Organisationen einschränken und ermöglichen. Gleichzeitig muss sie den Blick für Praktiken öffnen, „in denen [Kollektiv-, Anmerk. N.K.] Subjekte sich als (gesellschaftlich) handlungs- und artikulationsfähig zeigen“ (Rose 2012: 20), d. h. Praktiken, mit denen sich das migrantisch adressierte Kollektivsubjekt das „Recht herausnimmt, die Wahrheit auf ihre Machteffekte hin zu befragen und die Macht auf ihre Wahrheitsdiskurse hin“ (Foucault 1992b: 15).

2 Übergänge im Lebenslauf und Kollektive – eine poststrukturalistische Betrachtungsweise

In diesem einleitenden Kapitel werde ich zunächst meine Perspektive auf die Herstellung und Gestaltung von Übergängen im Lebenslauf ausarbeiten, um mich dem Begriff der Integration analytisch zu nähern. Wenn Integration, wie in der Einleitung dargestellt, ein Dazwischen, einen Raum zwischen den Subjektpositionen *nicht-integriert* und *integriert* konstituiert, werden zentrale Aspekte einer interdisziplinären Übergangsforschung aufgerufen. Um an die aktuellen Debatten anzuschließen und den spezifischen Gewinn einer poststrukturalistischen Perspektiverweiterung in der Erforschung von Übergängen im Sinne von Integrationsprozessen aufzuzeigen, werde ich in drei Schritten vorgehen. In einem ersten Schritt (2.1) werden Schlaglichter auf Wurzeln und Traditionen der Übergangsforschung von ihren Anfängen in der Anthropologie Ende des 19. und des 20. Jahrhunderts bis hin zur sozialpädagogischen Übergangsforschung geworfen. Dabei geht es nicht um die Darstellung einer bruchlosen Kontinuität einer Forschungstradition, sondern um eine kritische Diskussion der zentralen Vertreter:innen und wesentlicher Desiderate. Aufgrund meines Erkenntnisinteresses an Kollektiven in der Herstellung und Gestaltung von Übergängen werde ich eine Fokussierung auf diese vornehmen. Ausgehend von den gewonnenen Erkenntnissen werde ich in einem zweiten Schritt (2.2) eine neue Perspektive auf Übergänge ausarbeiten. Der Ausgangspunkt einer reflexiven Übergangsforschung ist die Einsicht, dass Übergänge im Lebenslauf nicht als soziale Tatsachen (vgl. Durkheim 1970: 114) an sich gegeben sind, sondern dass diese in der sozialen Praxis immer wieder hervorgebracht werden müssen. Um ein Verständnis dafür zu entwickeln, wie die Herstellung und Gestaltung von Übergängen analytisch erforscht werden kann, wird an aktuelle sozial- und kulturwissenschaftliche Überlegungen angeschlossen. Entlang zentraler Begrifflichkeiten soll deren Erkenntnisgewinn für eine reflexive Übergangsforschung herausgearbeitet werden. Hierzu gilt es zum einen, den Beitrag der Debatte um Performativität für eine reflexive Übergangsforschung herauszustellen, und zum anderen, auf ein modernes Verständnis von Macht und Machtbeziehungen einzugehen, um die machttheoretischen Implikationen der Übergangsforschung zu schärfen. In diesem dritten Schritt (2.3) werden die zentralen Erkenntnisse für die weitere Arbeit in einer Zwischenbilanz zusammengetragen.

2.1 Übergangsforschung reviewed – interdisziplinäre Rezeptionslinien

Im ersten Abschnitt werde ich die Entwicklung der Übergangsforschung kurssorisch rekonstruieren. Mit Bezugnahme auf zentrale Vertreter:innen der Übergangsforschung gilt es, auf unterschiedliche Begriffsverwendung von Übergängen einzugehen, deren historisch-gesellschaftliche Kontexte zu berücksichtigen sowie die jeweiligen disziplinären Perspektiven auszuweisen. Dies ermöglicht es zum einen, an eine Forschungstradition mit ihren Entwicklungen, Erkenntnissen sowie Desideraten anzuschließen, und zum anderen, die zentralen Anknüpfungspunkte einer poststrukturalistisch informierten Theorieperspektive, wie sie im Weiteren verfolgt werden soll, zu markieren. Erkenntnisleitend sind hierbei insbesondere die Fragen: Welches spezifische Verständnis von Übergängen haben die Vertreter:innen der Übergangsforschung? Wie wird das Verhältnis zwischen Subjekten und Übergängen theoretisch erklärt? Welche Bedeutungen haben Kollektive in der Herstellung und Gestaltung von Übergängen?

Ritualisierte Übergänge zwischen Gruppen

Die Anfänge der Übergangsforschung lassen sich bereits in der Anthropologie des 16. Jahrhunderts und der Erforschung von Initiationsriten verorten. Die Arbeiten des Ethnographen und Anthropologen Arnold van Gennep (1864–1957) stellen jedoch einen der ersten zentralen Bezugspunkte gegenwärtiger Übergangsforschung dar. Grundlage seines erstmalig 1909 publizierten Verständnisses von Übergängen ist die sozialtheoretische Annahme, dass unterschiedliche Gesellschaften bestehen, die sich aus sozialen Gruppierungen zusammensetzen. Diese sozialen Gruppierungen konstituieren sich wiederum aus kleineren Untergruppen. Dieses Gesellschaftsmodell, mit deutlich nach der „Stufenleiter der Zivilisationen“ (ebd.: 14) zu differenzierenden Gruppen, fußt dabei auf einem eurozentristischen, kolonialistischen und rassifizierenden Verständnis.

Nach van Gennep vollziehen sich rituelle Übergänge im Lebenslauf, wenn ein Wechsel von einer Gruppe in eine andere Gruppe stattfindet – er spricht von einem „Übergang von einem Zustand in einen anderen“ (ebd.: 21). Aus anthropologischer Sicht versucht er, Übergang folgendermaßen zu definieren:

„In jeder Gesellschaft besteht das Leben eines Individuums darin, nacheinander von einer Altersstufe zur nächsten und von einer Tätigkeit zur anderen überzuwechseln. Wo immer zwischen Alters- und Tätigkeitsgruppen unterschieden wird, ist der Übergang von einer Gruppe zur anderen von speziellen Handlungen begleitet [...]. Es ist das Leben selbst, das die Übergänge von einer Gruppe zur anderen und von einer sozialen Situation zur anderen notwendig macht.“ (ebd.: 15)

Das naturalistische Verständnis von Übergängen und Alter trifft auf ein statisches Gesellschaftsmodell; für van Gennep stellen Übergänge zwischen sequenziellen Lebensphasen oder von einer Tätigkeitsgruppe zu einer anderen eine „Universalie menschlicher Entwicklung und Vergemeinschaftung“ (Walther/Stauber 2018: 907) dar. Mit dem Verweis darauf, dass Übergänge voraussetzungsvoll für das Individuum sind, da für einen erfolgreichen Übergang „bestimmte Voraussetzungen“ (Gennep 1986: 14) erfüllt und „spezielle Handlungen“ (ebd.: 15) erbracht werden müssen, führt van Gennep bereits einen zentralen Aspekt für die Erforschung von Übergängen an. In seinen Ausführungen wird deutlich, dass spezifische Praktiken eingeübt werden müssen, die sich an normativen Erwartungen ausrichten und messen lassen müssen:

„Jede Veränderung im Leben eines Individuums erfordert teils profane, teils sakrale Aktionen und Reaktionen, die reglementiert und überwacht werden müssen, damit die Gesellschaft als Ganzes weder in Konflikt gerät, noch Schaden nimmt.“ (ebd.)

Übergänge werden durch Rituale gerahmt, begleitet und gestaltet; ihnen kommt in der erfolgreichen Bewältigung von Zustandswechseln zwischen Lebensphasen und Lebensräumen eine besondere Bedeutung zu (vgl. Bräunlein 2012: 51). Übergangsritualen wird eine besondere „Funktion“ zugeschrieben, da sie eine subjekt- und gesellschaftskonstituierende Dimension ausweisen. Sie überwachen und reglementieren Subjekte in der Bewältigung von Übergängen und führen dadurch zur Aufrechterhaltung der sozialen Ordnung einer Gemeinschaft.

Van Gennep unterteilt die Übergangsriten in einem Phasen-/Strukturmodell in drei analytische Kategorien, die universell gelten, jedoch je nach „Kultur“ unterschiedlich ausgestaltet werden (vgl. Gennep 1986: 21): erstens die Trennungsriten in der Ablösephase von der Ausgangsgruppe, zweitens die Schwellen- und Umwandlungsriten als ein Zwischenstadium und drittens die Angliederungsriten in der Integrationsphase in eine andere Gruppe. Van Gennep verweist auf die besondere Vulnerabilität von Subjekten in Übergängen, wodurch diesen Phasen im Lebenslauf eine besondere Bedeutsamkeit beigegeben wird (vgl. ebd.). Die erfolgreiche Bewältigung von Übergängen hat existenzielle Bedeutung für das Subjekt. Ein mögliches Scheitern wird bei van Gennep dennoch jedoch nicht thematisiert.

Seine heuristische Differenzierung bietet einen zentralen Anknüpfungspunkt für die Analyse von Übergängen im Lebenslauf. Mit dem Drei-Phasen-Modell kann der Blick dafür geschärft werden, dass nicht nur die einzelnen Lebensphasen/-räume, zwischen denen der Zustandswechsel verläuft (beispielsweise von einem Nationalstaat zu einem anderen oder vom nicht-integrierten zum integrierten migrantisch adressierten Subjekt), betrachtet werden, sondern auch die Zwischenphase mit ihren Schwellen- und Umwandlungsriten in den Blick gerät. Wie bedeutsam die gesellschaftstheoretische Annahme von

unterschiedlichen Gruppen/Gesellschaften (u. a. zwischen Nationalstaaten) sowie die damit einhergehenden Riten des Zwischenstadiums – im Sinne von Integration – für die hier verfolgte Forschungsfrage ist, wird im weiteren Verlauf der Arbeit deutlicher betrachtet. Van Genneps Phasenmodell bietet daher besonderes Potenzial, um die Prozessualität von Übergängen in einer räumlichen, zeitlichen und sozialen Markierung herauszuarbeiten. Für meine Arbeit bietet es die analytische Möglichkeit, Übergänge in Phasen zu unterteilen und den Bruch bzw. Brüche im sozialen Status zu fokussieren.

Die Bedeutung des Kollektivs im Übergang

Die Arbeiten des Ethnologen Victor Turner aus den 1960er Jahren⁵ bieten weitere wichtige Anleihen für die Entwicklung einer Analytik zur Erforschung von Übergängen im Lebenslauf, da er das Subjekt im Übergang immer im Zusammenhang mit einem Kollektiv versteht. Turner ([1969] 2005) geht im Anschluss an die Phasenstruktur von van Gennep davon aus, dass sich während der Schwellenphase, von ihm Liminalität genannt, spezifische Formen der Vergemeinschaftung ausbilden. Dabei prüft er die „universelle Sprache des Rituals“ (Bräunlein 2012: 53) des Drei-Phasen-Modells zudem für moderne Gesellschaften. In meiner Arbeit möchte ich mich weniger auf die dabei ausgearbeiteten Rituale des Übergangs (vgl. u. a. Friebertshäuser 2019; Prescher/Walther 2018), sondern vielmehr auf die Bedeutung der Gemeinschaft im Übergang konzentrieren, denn dieser Aspekt scheint für die Betrachtung von Organisationen in der Herstellung und Gestaltung von Übergängen im Lebenslauf erkenntnisbringend.

Eine solche Gemeinschaft setzt sich bei Turner aus den Subjekten zusammen, die sich in einem Schwellenzustand, einem Übergang, befinden und demnach als Schwellenwesen, als Neophyten bezeichnet werden (vgl. Turner 2005: 94 ff.). Diese Gemeinschaften bezeichnet Turner wiederum als *Communitas*. Sie bilden eine Form der Sozialbeziehung, die sich dadurch auszeichnet, dass sie in sich egalitäre und kameradschaftliche Strukturen aufweist. In der Phase zwischen Ablösung und Angliederung an die Gesellschaft bilden sie eine Anti-Struktur (vgl. ebd.) bezogen auf die historisch situierte und gegenwärtig herrschende hegemoniale Struktur. In der *Communitas* sind relevante gesellschaftliche Ordnungen brüchig geworden und neue (noch) nicht ausgebildet. In einer solchen Gemeinschaft herrscht ein „Zustand der Unbestimmtheit und Potenzialität, die ein kreatives Potenzial freizusetzen vermag“ (Friebertshäuser 2019: 42); denn „ihre Ergebnisse sind Kunst und Religion, nicht rechtliche und politische Strukturen“ (Turner 2005: 125). Turner sieht in der *Communitas* eine transzendente bzw. „mystische[...]“ (Bräunlein 2012: 54) Dimension, einen

⁵ Eine Rezeption van Genneps setzte innerhalb der anglo-amerikanischen Ethnologie erst mit der Übersetzung ins Englische im Jahre 1960 ein (vgl. Bräunlein 2012: 50).

Raum, in dem vergangene und zukünftige Werte und Normen aufeinandertreffen. Durch diese Anti-Struktur – dieses dialektische Verhältnis zur Struktur einer Gesellschaft – können Communitas als Kollektive verstanden werden, in denen das Potenzial für widerständige Praktiken freigesetzt werden kann und die dadurch eine veränderte gesellschaftliche Ordnung hervorbringen. So verweist auch Bräunlein auf den paradoxen Status der Communitas: Einerseits gilt sie als „bedrohlich“ (ebd.: 55), da sie die gesellschaftliche Ordnung aufgrund ihrer Anti-Struktur „verunreinig[t]“ (ebd.) oder sogar gefährdet. Andererseits ist sie „sinnstiftende und erneuernde Kraft“ (ebd.).

Zur weiteren Konkretisierung grenzt Turner die Communitas von der Sozialstruktur ab. Die Communitas stellt eine Dimension von Gesellschaft dar, die sich durch „Spontaneität, Unmittelbarkeit und Konkretheit [...] im Gegensatz zum normgeleiteten, institutionalisierten, abstrakten Wesen der Sozialstruktur“ (Turner 2005: 124) auszeichnet. Communitas entsteht dort, wo Sozialstruktur nicht ist – und vice versa. Die Communitas ist zeitlich, räumlich und in ihrer Struktur fluider, repräsentiert das Zwischenmenschliche und betrifft – im Gegensatz zur Sozialstruktur – den ganzen Menschen. Sie hat dadurch eine „existentielle Qualität“ (ebd.) für das Subjekt. Um diese besondere Qualität der Communitas herauszustellen, knüpft Turner an das Verständnis von Gemeinschaft des jüdischen Religionsphilosophen Martin Buber an:

„Gemeinschaft aber ... ist das Nichtmehr-nebeneinander, sondern Beieinandersein einer Vielheit von Personen, die, ob sie auch mitsammen sich auf ein Ziel zu bewegen, überall ein Aufeinanderzu, ein dynamisches Gegenüber, ein Fluten von Ich und Du erfährt: Gemeinschaft ist, wo Gemeinschaft geschieht.“ (Buber 1984: 185; zit. in ebd.)

Die Communitas bildet keine abgeschlossene Parallelwelt, sondern vielmehr einen ambivalenten Ort, in dem die Übergangssubjekte (auch) auf die „Struktur“ vorbereitet werden. Dieser Ort zeichnet sich durch die Gleichzeitigkeit von Freiheit und Rigidität aus:

„Wir haben es hier mit einem dialektischen Prozess zu tun, da die Unmittelbarkeit der Communitas dem Strukturzustand weicht, während in den Übergangsriten die Menschen, von der Struktur befreit, Communitas erfahren, nur um durch diese Erfahrung revitalisiert, zur Struktur zurückkehren.“ (ebd.: 126)

Während bei van Gennep der Übergang von individuellen Subjekten zwischen Kollektiven betrachtet wird, gerät mit Turner das Kollektiv von Subjekten, die sich gemeinsam im Übergang befinden, in den Blick. Das Kollektiv wird damit zu einem zentralen Akteur in der Bewältigung des Übergangs, aber auch – durch seine Anti-Struktur – zu einem Akteur, der die Herstellung und Gestaltung von Übergängen maßgeblich beeinflusst und die soziale Ordnung (zumindest) versucht zu verändern. Das Kollektiv wird sowohl zum Fluchtpunkt der

Stabilisierung sozialer Ordnungen als auch zum Ausgangspunkt sozialer Transformationen.

Übergänge als institutionelle Rahmung und Normierung

Eine weitere Etappe der Übergangsforschung lässt sich in den 1980er Jahren verorten. Sie nimmt zwar die anthropologische Tradition der sequenziellen Lebensphasen auf, orientiert sich aber stärker an der soziologischen Bildungs- und Lebenslaufforschung. Die These einer Institutionalisierung des Lebenslaufs des Soziologen Martin Kohli kann als zentrale Referenz herangezogen werden. In seinem Tagungsbeitrag *Der institutionalisierte Lebenslauf: ein Blick zurück und nach vorn* überprüft Kohli fast zwanzig Jahre nach der Einführung seiner These seine aufgestellten Annahmen für das Ende der 1990er Jahre und den Beginn des 21. Jahrhunderts:

„Der Lebenslauf als Institution – so die These – war zur neuen Folie für die individuelle Lebensführung geworden und blieb dabei handlungs- und bedeutungsoffen, ja, er schrieb sogar eine solche Handlungs- und Deutungsoffenheit als soziale Anforderung im Sinne einer Biographisierung der Lebensführung fest.“ (Kohli 2003: 526 f.)

Die Institutionalisierung des Lebenslaufs stellt eine Beschreibung und Erklärung für die „Zeitlichkeit des Lebens und der Lebensorientierung“ (ebd.: 526) als Ordnungsstruktur innerhalb des Fordismus⁶ dar. Der Lebenslauf wird dadurch zu einem Regelsystem, das das gesamte menschliche Leben ordnet (vgl. Kohli 2017: 495 f.). Diese Gesellschaftsdiagnose koppelt er an die Diskussion der Individualisierung (vgl. u. a. Beck/Beck-Gernsheim 1994). Beide Zugänge verweisen darauf, dass es in der Hochmoderne nicht zu einem „Verlust[...] sozialer Ordnung und Integration“ gekommen sei, sondern zu „neue[n] institutionelle[n] Ordnungsgrundlagen“ (Kohli 2003: 527), die das Leben strukturieren.

In Abgrenzung zu mikrosoziologischen und entwicklungspsychologischen Perspektiven auf die Erforschung von Lebensläufen in den 1980er Jahren wird ein makrostruktureller Rahmen markiert, mittels dessen Perspektive die Gestaltung von Lebensverläufen durch Institutionen strukturiert und reguliert wird (vgl. Lessenich 1995). Strukturegebend sind hier insbesondere ökonomische Dynamiken. Dabei wird deutlich, dass es sich bei der Institutionalisierung des Lebenslaufes nicht um rein restriktive oder disziplinäre Institutionen handelt, sondern um eine Ambivalenz, die den Institutionen inhärent ist: „Er [der institutionalisierte Lebenslauf, Anmerk. N. K.] erzeugt Handlungsfreiheit, indem er Handlungsfreiheit beschränkt – dies ist die bekannte Ambivalenz aller Institutionen“ (Kohli 2003: 527). Gleichzeitig verweist Kohli darauf, dass die

⁶ Der Begriff Fordismus bezeichnet eine Form industrieller (Massen-)Warenproduktion.

Institutionalisierung mit Normalitätserwartungen im Sinne sozialer Kontrolle einhergeht, für deren Sinnbild die „Normalarbeitsbiographie“ steht, die das Abweichen sanktioniert bzw. für bearbeitungsbedürftig erklärt (z. B. durch die Soziale Arbeit):

„Ein Normalitätsprogramm – oder eine Normalitätsfiktion – erzeugt einen Zurechnungsmodus, dessen Verfehlen unproblematisch ist. Und schließlich kann der institutionalisierte Lebenslauf auch noch in einem anderen Sinne Abweichungen (und damit Verluste) definieren, nämlich durch die Verallgemeinerung von normativen Erfolgs- und Bilanzierungskriterien.“ (ebd.)

Bei näherer Betrachtung stellt sich jedoch die Frage, was sich innerhalb der fast zwanzig Jahre seit der Aufstellung seiner These in der Mitte der 1980er Jahre verändert hat. Kam es zu einer Krise der Institutionalisierung des Lebenslaufs durch Prozesse der Destandardisierung und Deregulierung? Kohli meldet Zweifel an und konstatiert, dass – insbesondere bezogen auf den Bereich der familialen Lebensformen und der Erwerbsarbeit – nur graduelle Veränderungen zu verzeichnen seien. Ein Bedeutungsverlust lasse sich kaum erkennen. Zusammenfassend kommt er zu dem Schluss,

„[...] dass der institutionalisierte Lebenslauf und die ihn stützenden Strukturen ihre Prägestkraft in erstaunlichem Ausmaß behalten haben. Zugleich zeichnet sich ein Trend in Richtung Universalisierung des modernen Lebenslaufes ab, denn außerhalb der OECD-Welt kommt es heute zu einer Neubildung moderner Altersgrenzen durch entsprechende Arbeitsmarktregulierungen und Rentensysteme.“ (ebd.: 538)

Kohli bietet eine Perspektive auf Übergänge als Verflechtung von sozio-ökonomischen Strukturen, soziokulturellen Mustern und dem institutionellen Arrangement. Übergänge im Lebenslauf werden demnach durch Institutionen durchgesetzt, geformt und reguliert. Sie sind daher nicht nur sozialtheoretisch, sondern auch sozialpolitisch relevant. Für die weitere Arbeit kann herausgestellt werden, dass die wohlfahrtsstaatliche Regulierung von Lebensläufen und die damit verbundene Herstellung und Gestaltung von Übergängen durch sozialstaatliche Institutionen aufeinander verweisen. Besonders im Kontext von Migration und Integration ist eine Perspektive auf (wohlfahrts-)staatliche Regulierung und Normierung essenziell, denn dort manifestieren sich normative Vorstellungen von erforderlichen und erfolgreichen Übergängen u. a. in Form von Gesetzen.

Übergänge aus der Perspektive des Subjekts

Das sozialpädagogische Konzept der subjektorientierten Übergangsforschung (vgl. Stauber/Pohl/Walther 2007b) nimmt die Überlegungen der an wirtschaftlichen und wohlfahrtsstaatlichen Regulierungen orientierten neueren

Übergangsforschung der 1980er Jahre auf, erweitert diese jedoch um eine Perspektive auf die individuelle Lebensbewältigung. Diese Forschungsperspektive hat sich zum Ziel gesetzt, die Außensicht, im Sinne der Strukturseite, mit der „Innensicht der AkteurInnen“ (Stauber/Pohl/Walther 2007a: 11) zu verbinden. Der Gesellschaftsdiagnose einer zunehmenden Entstandardisierung des Lebenslaufs werden dabei handlungstheoretische Überlegungen der Biographieforschung gegenübergestellt:

„So fordern einerseits Übergänge die Individuen in ihrer alltäglichen Lebensbewältigung in unterschiedlichen Lebenslagen und institutionellen Rahmungen heraus, andererseits konstituieren die Individuen in ihren subjektiven Handlungsweisen und Bewältigungsstrategien Übergänge immer wieder neu.“ (Schröer et al. 2013: 11)

Durch die Konzeption der Forschungsperspektive werden Übergänge definiert als „Interaktion zwischen veränderten externen Handlungsanforderungen und Rollenerwartungen an und sich wandelnden Selbstkonzepten des Subjektes“ (Walther/Stauber 2013: 29). Trotz der weiter oben durch Kohli angeführten geringen makrostrukturellen Veränderungen und der statistisch bestehenden Institutionalisierung des Lebenslaufs fokussiert die (sozial-)pädagogische Übergangsforschung mit ihrer Theoriekombination insbesondere prekarierte soziale Gruppen, die von der wirtschaftlichen Dynamik in einer Weise betroffen sind, die dennoch zur einer Entstandardisierung des Lebenslaufs führen. Ausgehend von der Einsicht, dass Übergänge „zum Problem geworden“ (Stauber/Pohl/Walther 2007a: 7) sind, da in ihnen „soziale bis [...] existenzielle Zwänge entstehen“ (Schröer et al. 2013: 13), liegt der Fokus auf vulnerablen sozialen Gruppen – besonders zwischen der Jugend und dem Erwachsenen. Hinzu kommt eine Perspektive, die andere Differenzkategorien oder Humandifferenzierungen (vgl. Hirschauer 2017) explizit in die Analyse miteinschließt (u. a. Ethnizität, Gender, Klasse, vgl. u. a. Pohl 2015; Stauber 2015). In einer Phase, in der zentrale Systeme gesellschaftlicher Integration an Stabilität verlieren (wie u. a. Arbeit, Bildung und Ausbildung, Familien- und Generationenverhältnisse), nimmt die Bedeutung von sozialen Netzwerken für das sich im Übergang befindende Subjekt zu (vgl. Stauber/Pohl/Walther 2007a: 9), d. h. gerade in der Entstandardisierung des Lebenslaufs erhöht sich die Relevanz der *Communitas* (u. a. für die Identitätsarbeit). Die Hinzunahme einer Perspektive auf die subjektive Bedeutsamkeit verschließt den Blick jedoch nicht vor strukturellen Betrachtungen. Durch die Bewältigungsperspektive gelten Übergänge nicht nur als individuell zu bewältigende Phasen innerhalb der Biographie, sondern werden immer auch als Mechanismen verstanden, die soziale Ordnungen herstellen, Ein- und Ausschlüsse organisieren und soziale Ungleichheit (re-)produzieren. Übergänge werden als Phasen der Vulnerabilität verstanden, die „prinzipiell Zonen der Ungewissheit und Verwundbarkeit darstellen – sowohl für die gesellschaftliche Ordnung [...] als auch für die

Individuen, deren Lebensentwurf [...] auf dem Spiel steht“ (Walther/Stauber 2013: 29 f.).

Durch die von der subjektorientierten Übergangsforschung vorgenommene Perspektiverweiterung auf das Subjekt und dessen individuelle und kollektive Bewältigungsstrategien in Übergängen sowie eine Analyse von Bedarfen an Unterstützung, Bildung und Erziehung vollzieht sich eine Pädagogisierung des Übergangs (vgl. Hof/Meuth/Walther 2014).

Das Verständnis von Übergängen als prekäre soziale Zustands- und Positionswechsel, zu denen sich das Subjekt ins Verhältnis setzen muss und die immer im Kontext machtvoller sozialer Ordnungsbildung betrachtet werden, soll für die weitere Analyse übernommen werden. Die Theoriekombination als Vermittlung „zwischen dem individuellen menschlichen Leben und gesellschaftlicher Struktur“ (Walther/Stauber 2007: 19) verbleibt jedoch in einer simplifizierenden Gegenüberstellung von Struktur und Handeln und einem essenzialisierenden Verständnis von Übergängen und Subjekten (vgl. Walther/Stauber 2013: 29; Stauber/Pohl/Walther 2007b; kritisch hierzu Walther et al. 2019b). Im Weiteren soll daher eine Perspektive für die Erforschung von Übergängen vorgeschlagen werden, die die zentralen Erkenntnisse der vier Etappen der Übergangsforschung berücksichtigt, jedoch Übergänge nicht als anthropologische Universalie versteht, sondern als Effekte sozialer Praxis. Darin liegt auch der Versuch, den in allen Etappen vorzufindenden Dualismus zu überwinden.

2.2 Übergangsforschung reloaded – eine reflexive Perspektive auf Übergänge

Im voranstehenden Abschnitt wurden ein kursorischer Blick auf zentrale Debatten der Übergangsforschung geworfen, deren Denk- und Forschungstraditionen in der Anthropologie nachgezeichnet sowie deren zunehmend sozialwissenschaftliche Orientierung hervorgehoben. Aus diesen Ausführungen möchte ich gerne zwei Diskussionslinien aufnehmen und zusammenführen, um sie in der weiteren Ausarbeitung zu vertiefen: Zum einen zeichnen sich die unterschiedlichen Bezüge durch ihr naturalisierendes bzw. essenzialisierendes Verständnis von Übergängen im Lebenslauf aus; ich möchte hingegen im Weiteren eine Perspektive ausarbeiten, die Übergänge als Effekte sozialer Praxis versteht. Zum anderen prägen die Zugänge ein dualistisches Verständnis von Struktur und Handeln; ich möchte alternativ eine Perspektive vorschlagen, die sich jenseits einer solchen Opposition bewegt. Wenn Übergänge im Lebenslauf keine anthropologische Konstante darstellen, stellt sich die Frage, wie Übergänge hervorgebracht und gestaltet werden. Wie lässt sich erklären, dass sich (einige) Übergänge durch eine erstaunliche historische Stabilität